

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Auch digitale Gesundheitsanwendungen müssen transparent und ehrlich sein

Beschlussantrag

Von: Dr. Torben Ostendorf als Abgeordneter der Sächsischen Landesärztekammer
Dr. Gerald Quitterer als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer
Dr. Gisa Weißgerber als Abgeordnete der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Petra Hummel-Kunhenn als Abgeordnete der Landesärztekammer Hessen
Johann Ertl als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Georg Deichhardt als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Karin Bremer als Abgeordnete der Ärztekammer Niedersachsen
Christiane Hoppe als Abgeordnete der Landesärztekammer Hessen
Dr. Anja von Buch als Abgeordnete der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz
Dr. Nadezda Jesswein als Abgeordnete der Ärztekammer Niedersachsen

Der 130. Deutsche Ärztetag 2026 fordert den Gesetzgeber auf, mehr Transparenz im Bereich der digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA) zu schaffen. Irreführende Werbung, aggressive Geschäftspraktiken und intransparente Preispolitik mit nicht nachvollziehbarer Preisgestaltung dürfen nicht von der Solidargemeinschaft finanziert werden.

Begründung:

Die Idee von Bundesminister Jens Spahn im Jahr 2020 zur Einführung von DiGA war gut gemeint: Mehr Effizienz, mehr Digitalisierung, Deutschland als Vorbild und die Nutzung von smarten Anwendungen, so die Vorstellung. Der Nachweis eines tatsächlich positiven Versorgungseffektes dieser Idee ist aus unserer Sicht bislang nicht ausreichend erkennbar.

Sicher können DiGA für manche Patienten hilfreich sein. Gefordert werden muss:

- Beendigung des derzeitigen Fast-Track-Verfahrens,
- die DiGA-Versorgungseffekte müssen sich an der verfügbaren Standard- oder Referenztherapie messen lassen,
- Preisfindung in Relation zur Referenztherapie,
- keine Vergütung bei fehlender oder geringer Nutzung der App,

Angenommen: ☒ Abgelehnt: ☐ Vorstandsüberweisung: ☐ Entfallen: ☐ Zurückgezogen: ☐ Nichtbefassung: ☐

Stimmen Ja: 194

Stimmen Nein: 4

Enthaltungen: 18

ANGENOMMEN



-
- Verbot aggressiver Geschäftspraktiken und irreführender Werbung und
 - Strafen bei entsprechenden Verstößen.

ANGENOMMEN